

Dünne Luft ganz oben

Frauen und ihr Stand in der Spitzenpolitik

Erst Franziska Giffey, dann Anne Spiegel – zwei Ministerinnen, die mit großen Plänen in ihr Amt als Familienministerin starteten und das Ministerium bis zu ihrem Rücktritt engagiert führten. Beide scheiterten schließlich nicht an Aufgaben ihres Amtes, sondern wegen persönlicher Fehlentscheidungen vor Übernahme ihres Postens. Nun also tritt Lisa Paus das Amt der Familienministerin an. Sie gilt als Finanzexpertin der Grünen, ist rund zehn Jahre älter als ihre Vorgängerinnen und seit dem Tod ihres Mannes im Jahr 2013 alleinerziehende Mutter eines Sohnes. Was erwartet sie in ihrem Ministerium? Und hat sie eine echte Chance, den Interessen derjenigen Gehör zu verschaffen, die sie qua Amt vertreten soll: Kinder, Frauen, Familien und Senior*innen?

Spitzenpolitik als Knochenjob

Was der Rücktritt Spiegels kurz vor Ostern deutlich machte: Politik auf Bundesebene ist ein Knochenjob, der höchsten körperlichen und emotionalen Einsatz erfordert. Und die Erwartungen an Spitzenpolitiker*innen sind in breiten Teilen der Bevölkerung auch im Jahr 2022 noch eindeutig: Beruf geht vor Privatleben; nur wer beruflich dauerhaft 100 Prozent zu geben bereit und in der Lage ist, ist es nach Meinung vieler wert, eines der höchsten politischen Ämter innezuhaben.

Dazu kommt eine Art „Double-bind“, mit dem sich Spitzenpolitiker*innen im Fall persönlicher Versäumnisse konfrontiert sehen: Einerseits erwartet die Öffentlichkeit Transparenz und Offenheit im Umgang mit Fehlern, andererseits führt eine eher defensive Kommunikation, die Fehlentscheidungen und persönliche Schwachstellen einräumt, gerade bei Politikerinnen dazu, dass deren Führungsqualität in Frage gestellt wird. „Ist sie dem Amt überhaupt gewachsen?“, steht dann ganz schnell als Frage im Raum.

Familie als zusätzliche Belastung?

So erging es auch Anne Spiegel, als sie die Überlastung ihres gesundheitlich angeschlagenen Mannes als Begründung eines mehrwöchigen Urlaubs direkt nach der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz im Sommer 2021 benannte. Sie hätte sicher auch auf die, höchst wahrscheinlich vorhandene, Vertretung während ihrer Abwesenheit hinweisen können.



Illustration: ©Martin Rollmann

Hätte zudem darauf hinweisen können, in welchem Umfang sie sich trotz Urlaub von ihrem Team auf dem Laufenden halten ließ und dadurch ihrer Verantwortung als Chefin des Umweltministeriums in Rheinland-Pfalz gerecht wurde. Stattdessen betonte sie – sehr emotional und um Verständnis werbend – ihre familiären Verpflichtungen – was dazu führte, dass genau diese schließlich gegen sie verwendet wurden, im Sinne von: „Wenn sie es schon zuhause nicht geregelt bekommt, wird sie auch ihr Amt nicht kompetent ausüben.“ Zusätzlich – das darf nicht übersehen werden – hat Spiegel, was die Teilnahme an Kabinettsitzungen per Videokonferenz während ihrer Abwesenheit anging, schlicht nicht die Wahrheit gesagt und sich in einer internen SMS wohl zunächst vor allem um ihr persönliches Image gesorgt. Ein sicher zweifelhafter Versuch der „Ehrenrettung“. Dennoch bleibt für mich das dahinter liegende Problem, dass erst die Erwartung dauerhafter Verfügbarkeit und quasi übermenschlicher Belastbarkeit, die Medien und breite Teile der Öffentlichkeit an Politiker*innen in Spitzenpositionen stellen, den Druck erzeugte, dem die Familienministerin schließlich nicht mehr standhalten konnte.

Monokultur in der Chefetage

Nun kann man argumentieren, dass große Verantwortung gepaart mit einer großzügigen Vergütung, wie sie in der Spitzenpolitik üblich sind, nun einmal persönliche Opfer erfordere. Zumindest ist dies bis heute in vielen Bereichen der Wirtschaft und des sozialen Lebens unhinterfragter Konsens. An die Spitze kommt nur, wer organisatorisch und aufgrund seiner persönlichen Konstitution in der Lage ist, permanent Präsenz und berufliches Engagement zu zeigen. Nicht nur in großen Wirtschaftsunternehmen, sondern auch in kulturellen Einrichtungen und sogar in Schulen oder anderen Bildungseinrichtungen übernehmen somit Spitzenpositionen häufig nicht diejenigen, die am besten dafür geeignet wären, sondern vor allem diejenigen, die zeitlich am meisten verfügbar sind.

Genau das führt aber in vielen Fällen zu einer ungenuten Homogenität in der Besetzung dieser Posten. Denn es sind eben meist gerade nicht diejenigen, die z. B. die Fürsorge für kleine Kinder tragen, pflegend für Angehörige sorgen oder aus anderen Gründen auf zeitliche Flexibilität und/oder reduzierte Arbeitszeiten angewiesen wären, die es bis „ganz nach oben“ schaffen. Es sind oft auch nicht Menschen, die im Rahmen einer „ganzheitlicheren“ Sichtweise ihr Leben nicht ausschließlich und ohne Ausgleich ihrer Arbeit widmen wollen. Stattdessen leiten Menschen Unternehmen, stehen Ministerien vor und vertreten kulturelle Einrichtungen und Bildungsstätten, die als „Arbeitstiere“ gewohnt sind, alles außerhalb des Berufes um diesen herum zu organisieren, zu delegieren oder gleich gar nicht zu übernehmen.

Blinder Fleck Fürsorgeverantwortung

Das mag für sehr junge oder belastbare Menschen mittleren Alters ohne Fürsorgeverantwortung gut machbar sein. Für Mütter ist es das in vielen Fällen nicht. Und selbst, wenn es ihnen, wie z. B. Ex-Ministerin Spiegel, für eine Weile gelingt,

weil andere – wie in diesem Fall ihr Mann – einen Großteil der Fürsorgearbeit für die eigenen Kinder übernehmen, bleibt stets der Zweifel, der mitschwingt: „Schafft sie das alles?“

Leider hat somit genau diese „Monokultur“ in Führungsetagen und die Erwartung ständiger Verfügbarkeit zur Folge, dass Menschen, die dieser Erwartung nicht entsprechen (können), häufig schlicht nicht an Entscheidungen beteiligt sind, die wiederum relevant wären für andere, die auf familien- und fürsorgefreundliche berufliche Strukturen angewiesen wären. Es entsteht quasi ein blinder Fleck: Da „ganz oben“ kaum Mütter kleiner Kinder und überhaupt kaum Menschen mit (nicht delegierbarer) Fürsorgeverantwortung zu finden sind, fehlen bei Entscheidungen, die Kinder, Familien und speziell auch Mütter betreffen, oft schlicht deren Fürsprecher*innen. Und schafft es eine Mutter wie Franziska Giffey, Anne Spiegel oder nun Lisa Paus in eine entsprechende Spitzenposition, wird ihr dies nur so lange „zugestanden“, wie sie ihren Job ausübt, als trage sie keine Fürsorgeverantwortung für andere.

Neue Formen der Arbeit – auch im Familienministerium?

Wie also gestalten sich die Arbeitsbedingungen auch der aktuellen Familienministerin? Steht sie doch einem Ministerium vor, das sich qua Definition um die Belange genau der sozialen Gruppen kümmert, die in unserer Gesellschaft entweder Fürsorgeverantwortung übernehmen (Frauen, Familien) oder aber auf die Unterstützung und Fürsorge anderer angewiesen sind (Kinder und Senioren). Müssten nicht gerade hier neue Formen der Arbeit erprobt und umgesetzt werden? Zeitliche und räumliche Flexibilität statt Dauerpräsenz? Teamwork und flache Hierarchien statt der Erwartung des einen starken Mannes – oder der einen starken Frau – an der Spitze? Eine Arbeitskultur, die die Verantwortung in der Familie und außerhalb des Berufs selbstverständlich mitdenkt und einkalkuliert? Fürsorgeverantwortung als zusätzliche Qualifikation und nicht als „Hemmschuh“ oder gar Makel, der beruflich möglichst zu kaschieren ist? Lisa Paus bezeichnet sich selbst als Feministin und ist als Steuer- und Finanzexpertin bekannterweise Verfechterin sozial gerechter Strukturen. Als alleinerziehende Mutter kennt sie zudem höchstwahrscheinlich den Spagat zwischen beruflicher und familiärer Verantwortung. Wird sie wie ihre Vorgängerin an Strukturen in der Spitzenpolitik scheitern, die genau diese Vereinbarkeit (fast) unmöglich machen – oder wird es ihr durch ihr Amt gelingen, zumindest ein Stück weit zur Veränderung ebendieser Rahmenbedingungen beizutragen?

Sarah Zöllner



Sarah Zöllner ist Autorin für Familien- und Gesellschaftsthemen, Bloggerin (mutter-und-sohn.blog) und Mutter eines Babys sowie eines Kindergartenkindes. 2020 erschien ihr Buch „Alleinerziehend – und nun?“